

# SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/60

29. März 1976

Mahnung und Hoffnung zugleich

-----  
Zum 30. Jahrestag der Berliner Urabstimmung gegen eine  
Vereinigung von SPD und KPD

Von Annemarie Renger MdB  
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Dank an den Baumeister des neuen Hessen

-----  
Abschied von dem Sozialdemokraten Georg-August Zinn

Von Albert Osswald  
Hessischer Ministerpräsident

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Ein neuer Schritt zur Normalisierung

-----  
Vor der Unterzeichnung der Bonn-Ostberliner Postabkommen

Von Kurt Gscheidle MdB  
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Seite 5 und 6 / 51 Zeilen

Praktische Arbeit steht jetzt im Vordergrund

-----  
Der Integrationskurs des Juso-Kongresses muß zügig wei-  
tergehen

Seite 7 / 40 Zeilen

Automobilreise im Gleichschritt waren

-----  
Nützen Appelle an die Disziplin der Unternehmer noch  
etwas?

Seite 8 / 32 Zeilen

Ein Wegbereiter zum Erfolg

-----  
Zum 150. Geburtstag von Wilhelm Liebknecht

Von Fritz Sängler

Seite 9 und 10 / 31 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressesaal: Zimmer 217-224  
Telefon: 32 80 37 - 38  
Telex: 08 88 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Mahnung und Hoffnung zugleich  
-----

Zum 30. Jahrestag der Berliner Urab-  
stimmung gegen eine Vereinigung von SPD und KPD

Von Annemarie Renger MdB  
Präsidentin des Deutschen Bundestages

Mit der überwältigenden Mehrheit von 82 vH der abgegebenen Stimmen erteilten die Sozialdemokraten in der Urabstimmung am 30. März 1946 in den Berliner Westsektoren - im Ostsektor wurde die Abstimmung von der sowjetischen Besatzungsmacht verboten - der Vereinigung von SPD und KPD eine klare Absage. Diese ein knappes Jahr nach dem Zusammenbruch der Hitler-Diktatur und dem Ende eines verheerenden Krieges getroffene Entscheidung greift in ihrer bis in unsere Zeit hineinwirkenden historischen Bedeutung weit über Berlin hinaus. Die damaligen Ereignisse in Berlin, der Kampf der Sozialdemokraten gegen die von den Sowjets befohlene Zwangvereinigung mit der KPD, waren bestimmend für die Entwicklung der Demokratie in Deutschland, für die Struktur, politische Substanz und Programmatik der demokratischen Parteien. Sie waren in hohem Maße entscheidend für den tiefgreifenden Konflikt unserer Epoche, die Ost-West-Konfrontation, die bis in unsere Zeit, wenngleich in veränderten Formen, die politische Wirklichkeit in Deutschland noch immer spürbar beeinflusst. In diesem Kampf manifestierte sich der grundsätzliche und unüberbrückbare Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und der totalitären KPD leninscher Prägung.

Natürlich sind die politischen Ereignisse in Berlin vor 30 Jahren nicht isoliert zu betrachten. "In Wahrheit spielen sich jetzt", so sagte Kurt Schumacher damals, "Auseinandersetzungen auf deutschem Boden ab, die für ganz Europa und darüber hinaus für die Welt von Bedeutung sind. Eine scheinbar parteipolitische Auseinandersetzung, die jetzt in Deutschland im Mittelpunkt des Interesses steht, ist tatsächlich ein Stück zukünftigen Schicksals Europas. Die Sozialdemokratie glaubt, daß der Kern des Problems der Kampf um die Frage ist, ob Europa demokratisch oder diktatorisch geformt werden soll. Es wird Zeit, daß Europa und die Welt selbst erkennen, worum es hier geht, und daß eine 'Sozialistische Einheitspartei' nichts weiter wäre als die Fortsetzung der kommunistischen Partei unter anderem Namen." Und in einem schon im Sommer 1945 verfaßten Aufruf hatte er erklärt, daß die Sozialdemokratie

keine Veranlassung habe, "für den geschwächten Parteikörper der KP den Blutspender abzugeben und auf irgendeinen Annäherungsversuch auch nur andeutungsweise einzugehen".

Diese klarsichtige und konsequente Haltung Kurt Schumachers und seine politische Überzeugungskraft trugen entscheidend dazu bei, daß nicht nur in den westlichen Besetzungszonen, sondern auch in Berlin die Abwehrkräfte der SPD gegen die kommunistischen Beeinflussungsversuche mobilisiert wurden. Als er im Februar 1946 in seinen Verhandlungen mit dem unter sowjetischem Druck stehenden Zentralausschuß der SPD im Ostteil Berlins erkennen mußte, daß sich im sowjetischen Machtbereich die Zwangsvereinigung nicht mehr verhindern ließ, versicherte er der sozialdemokratischen Opposition gegen diese kommunistische Gleichschaltungspolitik die moralische Unterstützung durch die SPD in den Westzonen zu. Der Wortführer gegen diese Gleichschaltungspolitik von SPD und KPD war Frenz Neumann, der als Delegierter der Reinickendorfer Kreisorganisation auf der Funktionäreversammlung am 1. März 1946 im Admiralspalast den Antrag auf Urabstimmung stellte. Dieser Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Aber nicht allein im Westen Berlins entschieden sich die Sozialdemokraten gegen eine Verschmelzung mit der KPD. Auch in der sowjetischen Besetzungszone kämpften sie ungeachtet aller Pressionen der Besatzungsmacht gegen die Zwangsvereinigung, obwohl sie im Grunde schon wußten, daß dieser Kampf vergeblich sein würde.

Das Ergebnis der Urabstimmung bedeutete das Ende der Illusionen von Ulbricht und Stalin, einen kommunistischen Sieg in Berlin und Deutschland zu erringen. Es war zugleich Signal und Auftakt für den Sieg der Sozialdemokraten und die eindeutige Niederlage der Kommunisten in den Berliner Stadtverordnetenwahlen am 20. Oktober 1946. Nach dieser historischen Niederlage der Kommunisten verschärfte sich der Terror gegen die Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands, von denen schon sehr viele wegen ihres "Sozialdemokratismus" eine opferreiche Zeit in den kommunistischen Zuchthäusern von Bautzen, Torgau, Brandenburg und anderen verbracht hatten. Wie die NS-Gegner im Hitler-Regime, so verkörperten diese Sozialdemokraten im kommunistischen Machtbereich das "andere": das demokratische Deutschland.

Es ist nicht vermessen, heute festzustellen, daß sich die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Westberlin auf die politische Entscheidung gründet, die damals vor 30 Jahren hier gefallen ist. Damit auch in Zukunft eine freiheitliche Existenz in Berlin und in Deutschland gesichert bleibt, mit dem Bemühen um eine echte Entspannung und eine friedliche Entwicklung, sollen uns diese geschichtlichen Erfahrungen als Mahnung und als Hoffnung zugleich dienen.

(-/29.3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Dank an den Baumeister des neuen Hessen  
-----

Abschied von dem Sozialdemokraten Georg-August Zinn

Von Albert Oswald  
Hessischer Ministerpräsident

Mit Georg-August Zinn verliert Hessen den Mann, der als politischer Baumeister dieses Land zu einem Modell deutscher Demokratie gemacht hat. Seine von ihm entwickelte und konsequent praktizierte "Politik der sozialen Verantwortung" hat entscheidend dazu beigetragen, daß aus der demokratischen Staatsform bei uns eine Lebensform wurde.

Die Bundesrepublik Deutschland verliert mit Georg-August Zinn einen jener Männer der ersten Stunde, die als Schöpfer des Grundgesetzes für die Bundesrepublik diesem Staat zur verfassungsrechtlichen Realität verhalfen mit all der Normen, die heute und in Zukunft mit dem Begriff des sozialen und freiheitlichen Rechtsstaates untrennbar verbunden sind.

Die deutsche Sozialdemokratie verliert mit Georg-August Zinn einen kämpferischen und entschiedenen Mitstreiter für die Ideale und Ziele des demokratischen Sozialismus.

Georg-August Zinn konnte, wie nur wenige Persönlichkeiten, auf ein erfülltes Lebenswerk zurückblicken. Das heutige Land Hessen ist untrennbar mit seinem Namen verbunden. Hessen und Zinn gelten im Urteil vieler Mitbürger als synonym, sie sind eine unauflöbliche Verbindung eingegangen.

Nahezu ein Vierteljahrhundert hat er in der unmittelbaren politischen Verantwortung gestanden und die Landespolitik aus dem Schatten der Bundespolitik herausgelöst. Er hatte frühzeitig begriffen, was regieren heißt: schrittweise Veränderung der Verhältnisse im Sinne der Verbesserung, Überwindung veralteter Strukturen, oft gegen den Widerstand der davon Betroffenen, jedoch im Ergebnis immer zu deren Wohl. Er hat den vielzitierten Begriff "Hessen vorn!" zu einem Gütezeichen sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik ausgeprägt.

In einer einzigartigen personellen, politischen und sachlichen Kontinuität konnte Georg-August Zinn erfolgreich wesentliche Teile der von

ihm miterarbeiteten und mitformulierten hessischen Verfassung realisieren. Vieles, was Hessen zum Schrittmacher des Fortschritts werden ließ, war von ihm als Verfassungsauftrag vorgegeben worden.

Zu den großen landespolitischen Leistungen der Ära Zinn seien hier stellvertretend genannt: Die Einführung der allgemeinen Schulgeld- und Lehrmittelfreiheit; das Programm der "sozialen Aufrüstung des Dorfes" mit dem von Georg-August Zinn formulierten Ziel: "Das Leben auf dem Lande muß wieder lebenswert sein"; der "hessische Sozialplan für alte Menschen" und vieles andere mehr. Die ungewöhnliche Kontinuität dieser hessischen Landespolitik ermöglichte auch weitreichende und weit vorausschauende Zielplanungen: vom 1. Hessenplan zur Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge über den großen Hessenplan bis hin zum Landesentwicklungsplan unserer Tage.

Als Staatsrechtler war Georg-August Zinn der große Gegenspieler von Adenauer, wenn dieser absolutistische Neigungen zum Überwuchern brachte. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an das Karlsruher Fernsehurteil. Mit den verschiedenen staatsrechtlichen Auseinandersetzungen vor dem Bundesverfassungsgericht hat er ganz wesentlich zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen.

Zinns Leistungen und Erfolge, sein von fester Überzeugung geprägter Charakter und seine noble menschliche Haltung haben beispielhafte Maßstäbe gesetzt. Sie können hier und heute nur angedeutet werden. Es bleibt den Chronisten der landespolitischen Geschichtsschreibung vorbehalten, sein Werk umfassend zu würdigen.

Nach seiner schweren Erkrankung schrieb mir Georg-August Zinn am 19. August 1969: "Ich hoffe und wünsche, daß die hessische Landesregierung weiterhin sich als Wächter und Garant für freiheitliche Lebensverhältnisse empfindet." Dieser Wunsch ist nun zu einem politischen Erbe geworden, zu dessen Erfüllung wir alle aufgerufen sind. (-/ .3.1976/ve/e/pr)

+ + +

Ein neuer Schritt zur Normalisierung

Vor der Unterzeichnung der Bonn-Ostberliner Postabkommen

Von Kurt Gacheidle MdB

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen

Am 30. März 1976 werden wir vier Abkommen mit der DDR unterzeichnen, mit denen wesentliche Fragen des Post- und Fernmeldeverkehrs zwischen den beiden deutschen Staaten geregelt werden. Damit finden die Verhandlungen, die noch kurz vor der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages im Dezember 1972 begannen und über drei Jahre dauerten, ihren Abschluß. Was wurde erreicht?

Das politisch bedeutsamste Ergebnis ist darin zu sehen, daß auch künftig der Post- und Fernmeldeverkehr mit der DDR und Berlin (Ost) kein Auslandsverkehr sein wird, obgleich beide Staaten Mitglieder des Weltpostvereins und der Internationalen Fernmelde-Union sind. Insofern tragen auch diese Abkommen unseren verfassungsmäßigen Vorgaben über das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander Rechnung. Praktisch bedeutet das, daß von den Kunden keine Auslandsgebühren und keine Zollerkklärungen verlangt werden, und daß die beiden Postverwaltungen nicht nach internationalen, sondern nach einfacheren Formalitäten ihre Sendungen austauschen. Das Eintreten der Bundesregierung für die Einbeziehung von Berlin (West) in die Abkommen betrachte ich in diesem Zusammenhang als eine politische Selbstverständlichkeit.

In den Vereinbarungen wird eine Reihe von Regelungen getroffen, die speziell der Betriebsabwicklung zwischen den beiden Postverwaltungen dienen. Ziel dieser bilateral getroffenen Regelungen ist es, den Post- und Fernmeldeverkehr einfach und zweckmäßig zu gestalten; sie haben Vorrang vor international getroffenen Vereinbarungen.

Mehrere für den Postkunden interessante Bestimmungen betreffen den Paket- und Päckchenverkehr. Pakete in die DDR dürfen auch weiterhin bis zu

20 kg, Päckchen weiterhin bis zu zwei kg wiegen, und die bisher geforderten Desinfektionsbescheinigungen werden nicht mehr verlangt. Ein erheblicher Fortschritt ist darin zu sehen, daß sich die beiden deutschen Postverwaltungen künftig gegenseitig unterrichten werden, wenn Postsendungen beschlagnahmt wurden, in Verlust geraten, beschädigt oder geraubt worden sind. Sofern Postsendungen künftig an den Absender zurückgesandt werden, weil sie gegen Einfuhrvorschriften verstoßen, soll auf der Sendung der Grund vermerkt werden. Ich hoffe, daß sich durch diese Vereinbarungen die hohen Verlustquoten auf ein normales Niveau vermindern werden.

Zur Verbesserung des Postverkehrs zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) wurden zusätzliche Transportverbindungen durch die DDR vereinbart. Das wird zu einer Beschleunigung der Sendungen besonders aus dem und in den süddeutschen Raum führen.

Im Fernmeldebereich konnte zwischen beiden deutschen Postverwaltungen parallel zu den Regierungsverhandlungen eine Frequenzkoordinierung für eine neue unmittelbare Richtfunkverbindung zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) durchgeführt werden. Außerdem konnte Übereinstimmung über die Mitbenutzung der gegenwärtig im Bau befindlichen Trägerfrequenzkabelanlage Helmetedt - Magdeburg für den Berlin-Verkehr erzielt werden, so daß auch bei starkem Anwachsen der Fernmeldeverkehr zwischen dem Bundesgebiet und Berlin (West) langfristig sichergestellt ist.

Die Abkommen werden voraussichtlich am 1. Juli 1976 in Kraft treten. Zusammen mit den Einzelvereinbarungen, die die interne Betriebsabwicklung regeln und vereinfachen, sind diese kundenwirksamen Verhandlungsergebnisse als weitere Schritte zur Ausgestaltung des besonderen Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten zu werten. (-/29.3.1976/va/e/pr)

+ + +

### Praktische Arbeit steht jetzt im Vordergrund

---

Der Integrationskurs des Juso-Kongresses muß zügig weitergehen

Schon der Arbeitsstil der 300 Delegierten auf dem Dortmunder Bundeskongreß der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD dokumentierte den Weg, den die SPD-Nachwuchsorganisation in Zukunft beschreiten will: statt nächtelanger Theoriediskussionen über Sinn oder Unsinn des "richtigen" Weges zum demokratischen Sozialismus wird die praktische Arbeit im Vordergrund stehen, ein Engagement für und mit der arbeitenden Jugend und - was eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte - verstärktes Engagement für die Mutterpartei SPD. Unter dem Motto "Demokratischer Sozialismus - damit die Demokratie Zukunft hat" werden die Jusos die SPD mit aller Kraft unterstützen.

Die große Mehrheit aller Jungsozialisten hat erkannt, daß die immer noch etwas studentenlastigen Juso-Arbeitsgemeinschaften eine stärkere Verankerung in der arbeitenden Jugend benötigen, daß mehr Basisorientierung erforderlich ist. Mit der Wahl der Bundesjugendsekretäre der IG Metall und der IG Chemie in den neuen Bundesvorstand ist das Signal zu einer engen Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend gegeben worden. Jetzt gilt es, dieses Signal aufzunehmen und die in Dortmund gefaßten Beschlüsse in die praktische Arbeit umzusetzen.

Wer allerdings glaubt, daß die Alternative "wilder Theoretikerhaufen oder zahmer, Anpasserischer Nachwuchsverband" heißen muß, sitzt auf dem falschen Dampfer. Niemand wird den Jungsozialisten das laute Denken über gesellschaftspolitische Zukunftsperspektiven und das kritische Durchforschen des politischen Alltags streitig machen können. Theoriediskussion bleibt Bestandteil der Juso-Arbeit, aber eben nur noch ein Bestandteil ohne Ausschließlichkeitsanspruch. Die praktische Arbeit hat Vorrang. Jungsozialisten haben erkannt, daß sie anderenfalls ins mauernde Abseits geraten könnten.

Hier und da ist in Dortmund von dem "Mannheim der Jungsozialisten" gesprochen worden: von dem Juso-Bundeskongreß der Geschlossenheit. Wer dies weiszumachen versucht, will etwas verkleistern, wo nichts verkleistert werden sollte. Unter den Jungsozialisten gibt es immer noch eine relativ starke Gruppe von Oppositionellen, die sich schwer tun, ein geschlossenes Bild zu vermitteln, die aber zum Teil auch noch Positionen beziehen, die mit den Vorstellungen sozialdemokratischer Politik wenig zu tun haben. Hier gilt es wachsam zu bleiben und die inhaltliche Auseinandersetzung in der Sache hart, aber fair zu führen. Die wiedergewählte Bundesvorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul hat das Angebot unterbreitet, die Fraktionsgräben zuzuschütten und sich verstärkt um die Integration aller Juso-Gruppierungen zu kümmern. Ob die Juso-Oppositionellen dieses Angebot annehmen, werden ihre Vertreter im neuen Bundesvorstand sicherlich bald unter Beweis stellen können.

Gode Japs  
(-/29.3.1976/ve/e/pr)

+ + +



Automobilpreise im Gleichschritt voran  
-----

Nützen Appelle an die Disziplin der Unternehmer noch etwas?

Was Branchenkenner seit Wochen vermuteten ist eingetreten: Nach den Kölner Ford-Werken (plus fünf vH) hat jetzt VW/NSU seine Produktion um durchschnittlich 4,6 vH verteuert. So ist der mit vielen Appellen unterlegte Preisdisziplin-Damm in einem der wichtigsten Wirtschaftszweige an mehreren Stellen durchlässig geworden. Die gleichschrittartige Preiserhöhung der beiden Automobilriesen wird, nach aller Erfahrung, den übrigen Anbietern erst recht neuen Appetit auf neue Preise verursachen.

Was Verbraucher, Gewerkschaften und auch die Regierung regelrecht "sauer" macht, wird in einem anderen Zusammenhang deutlich. Man weiß, daß sich die Wirtschaft je nach Branche in einer durchaus differenzierten Kostensituation befindet, so daß also die Frage, ob und in welchem Umfang Preiserhöhungen notwendig sind, nicht über den Daumen gepeilt zu beantworten ist. Die Automobilindustrie ist jedoch verhältnismäßig leicht aus diesem Gesamtbild herauszulösen. Rückläufige Materialkosten, enorme Rationalisierungserfolge und ein rapide gewachsener Absatz lassen den Schluß zu, daß in diesem Fall mal wieder ausschließlich auf die Karte des Erhalts und der Erweiterung der Marktmacht gesetzt wird. Natürlich fällt es den Verbandssprechern leicht, auch dies unter dem Stichwort "Wettbewerb" unterzubringen. Mit Preiswettbewerb hat das alles aber nichts zu tun.

Was sich derzeit im Automobilsektor der Bundesrepublik abspielt, gleicht - in fataler Weise - dem Wettkampf zwischen dem Hasen und dem Igel. Egal was Gewerkschaften und Regierung, aber auch die Verbraucher anstellen, die Auto-Industrie war bereits da. Die Automobilindustrie ist prinzipiell in der besseren Position. Was gesamtwirtschaftlich und konjunkturpsychologisch aus ihrem Verhalten folgen kann, das machen sich die Preisfestsetzer in den beiden Unternehmen offenbar überhaupt nicht klar.

So befinden sich auf der Verliererseite all jene, die Stabilität predigen und praktizieren; sei es dadurch, daß sie ihre Ansprüche an das Sozialprodukt in diesem Jahr zurückschrauben, oder daß sie an ihr privates "Eingemachtes" herangehen. Mit Appellen, so scheint es, ist diesem merkwürdigen Vorgang allerdings nicht mehr beizukommen.

Klaus Vater  
(-/29.3.1976/bgy/e/va)

Ein Wegbereiter zum Erfolg

Zum 150. Geburtstag von Wilhelm Liebknecht

Von Fritz Sänger

Wo immer über die deutsche Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands berichtet wird, steht auch der Name Wilhelm Liebknecht. Der am 29. März 1826 geborene Giessener Burgersohn, für den am Ende seines Lebens, am 7. August 1900, in Berlin Hunderttausende den letzten Weg schumten und dem in allen zivilisierten Ländern von denen Gedenken bezeugt wird, die zu den "unteren Schichten" gehören, war in den revolutionären Auseinandersetzungen und den politischen Wirren des 19. Jahrhunderts eine zentrale Figur. Für die deutschen Sozialisten war er Wegsucher und unermüdlicher Helfer und Streiter.

Er hatte Theologie studiert, Philosophie und Philologie, wollte forschen und an einer Hochschule lehren und kam im Umgang mit den Menschen, die als Industrieproletariat am Rande der Gesellschaft lebten und gehalten wurden, der trostlosen Wirklichkeit so nahe, daß er sich von ihr belehren ließ. Ihm lagen das Los derer, um die sich niemand kümmerte, und eine Antwort auf die Frage, wie es zu ändern sei, näher als eine weltferne Wissenschaft.

Die Februar-Revolution in Frankreich zog ihn 1848 nach Paris, 22 Jahre jung. Im September des gleichen Jahres war er Freischerler in Baden, kam ins Gefängnis, ging zur "Volkswehr", saß abermals in Haft (wo er die Tochter des Gefangnisdirektors kennen lernte, die er später heiratete), emigrierte in die Schweiz, wurde dort ausgewiesen, war in Paris, wo man ihn nach London abachob: ein Leben im Kampf, Idealismus, Entbehrungen und Glauben an den Sieg hatte begonnen und blieb ein Leben für eine gerechte Gesellschaft.

In den zwölf notvollen Jahren der Emigration in London, von 1850 bis 1862, begegnete er Karl Marx und Friedrich Engels. Sie wurden Gefährten, in gegenseitig kritischer Wertung ihres Tuns blieben sie verbunden.

So wenig Wilhelm Liebknecht von Theorien hielt, er nahm von ihnen auf, was er in der Welt seiner Erfahrungen glauben zu können. Der kritische Geist ruhte nie, was ihn nicht selten in Schwierigkeiten brachte und unbequem machte. Als er nach der Rückkehr in das damals bunte Vielerlei der deutschen Länder im Jahre 1865 in Leipzig August Bebel fand, den um vierzehn Jahre jüngeren Genossen, einen Drechlermeister von Beruf, wurde Liebknecht diesem zwar in vielem ein Lehrer, wandte sich aber, auch von Bebel her beeinflusst, je länger desto intensiver der praktischen politischen Arbeit zu. Eine rege Phantasie verleitete ihn zu mancher Illusion. Ein unüberwindbarer Preussenha, der ihm viel Kritik eintrug, führte ihn nicht selten zu unausgereiften oder unrealistischen Stellungnahmen. Sein Optimismus aber stärkte, vor allem in schwierigen Situationen, seine Beharrlichkeit und Zähigkeit. Dieser Mann sei persönlich unangreifbar, meinten auch politische Gegner respektvoll, mit ihm sei "kein politisches Geschäft zu machen".

Wilhelm Liebknecht schwebte eine selbständige, politische, sozialistische gerichtete Arbeiterbewegung vor. Aber: "Die Gewalt ist stets reaktionär", rief er seinen Richtern 1872 in einem Proa zu, in dem er wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt wurde. Diese seine leidenschaftliche Haltung hat das Verhältnis zu Bebel zuweilen getrübt, aber beide fanden immer wieder einen Weg zu gemeinsamer Arbeit.

Auf einem Parteitag in Berlin sprach Wilhelm Liebknecht 1892 über "Staatssozialismus und revolutionäre Sozialdemokratie". Er lehnte den Staats

sozialismus ab; er fürchtete, der Staat werde durch kleine Konzessionen eine Spaltung der Arbeiterschaft mit Erfolg versuchen können. Theoretische Argumente ließ er zusätzlich gelten. Als 1870 der Krieg mit Frankreich begonnen hatte und Kriegskredite nötig wurden, wollte Liebknecht keine Zustimmung geben. Bebel war anderer Meinung, und sie einigten sich auf Enthaltung. Das war erneut ein Vorgang, der zu Auseinandersetzungen in der Arbeiterbewegung jener Jahre führte. Bei der Wiederholung der Kreditforderung aber wurden sie im Herbst des gleichen Jahres auch von den Anhängern Lassalles abgelehnt: Für einen Eroberungskrieg dürfe kein Ja bekundet werden. Liebknecht sah in diesem Krieg einen Kampf gegen die deutsche Demokratie, welche die herrschenden Schichten in Deutschland zu vernichten wüchsten.

Mandate wollte Wilhelm Liebknecht nur übernehmen, wenn er in seinem Sinne praktisch wirken könnte. Er gehörte dem 1867 gewählten Reichstag des Norddeutschen Bundes an und von 1874 bis zu seinem Tode dem Deutschen Reichstag. Für seine Arbeit und Haltung formulierte er einmal den Satz, es sei nicht möglich, daß sich das Proletariat mitten im Polizei- und Militärstaat jener Zeit "mit dem Stimmrecht aus dem Sumpf des sozialen Elends herausziehen" könne. Der Satz gehörte bald zum Kern einer breiten Grundsatzdiskussion, die in den politischen Parteien mit Leidenschaft geführt wurde.

Obwohl Liebknecht von 1879 bis 1882 auch noch dem Landtag des Königreiches Sachsen angehörte, füllte ihn die parlamentarische Arbeit nicht aus. Der "Allgemeine Sozialistische Kongreß", der 1876 in Gotha die Sozialisten der meisten Richtungen zusammengeführt hat und auf dem auch der "Vorwärts" als "Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands" ins Leben gerufen wurde, wählte Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever zu Hauptredakteuren des Blattes. Auer, Bebel und Liebknecht wurden 1887 mit der Überarbeitung des Programms beauftragt, und auf den Parteitagen 1890 in Halle und 1891 in Erfurt begründete Liebknecht das neue Parteiprogramm, das als das "Erfurter" in die Geschichte eingegangen ist.

Es hat diesem Manne wahrlich nie an Pflichten und Arbeit gefehlt. Er sah aber eine seiner wichtigsten Verpflichtungen in der Zugehörigkeit zu den Wahlkomitees, die jeweils die Wahlkämpfe vorzubereiten hatten. Die Erfolge dieser Arbeit kennzeichnen den Aufstieg der Sozialdemokratie in Deutschland. Von 1878 bis 1890 verbot das von Bismarck geschaffene und durchgesetzte "Sozialistengesetz" die Partei. Bei der Wahl zum Reichstag 1877, vor dem Gesetz, wurden bereits 9,1 vH aller Wählerstimmen für die Sozialisten abgegeben. Nach dem Verbot sank bei den folgenden Wahlen dieser Anteil. In der letzten Wahl vor Aufhebung des Verbots stimmten dennoch schon wieder 10,1 vH der Wähler für die Sozialdemokraten. Als dann die politische Werbearbeit wieder aufgenommen werden konnte, waren sogleich fast 20 vH der Wähler zur Stelle, und die SPD wurde die stärkste Partei. Wilhelm Liebknecht erlebte es noch, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1898 mit 27,2 vH ihren großen Erfolg überboten. Nach seinem Tode bezeugte die Partei 1903 in der Wahl zum Reichstag mit 31,7 vH aller Wählerstimmen, daß sie auf dem Wege war, in Deutschland Verantwortung auch offiziell zu übernehmen. Die mühsam gestraute, unter Osfern gepflegte Saat war aufgegangen.

In der ersten Reihe derer, die der Sozialdemokratie den Weg zur Führung in Deutschland bereitet haben, stand Wilhelm Liebknecht. Das Gedenken an ihn ehrt die, die es pflegen.

(-/29.3.1976/ve/e/pr)

+ + +